



Eckhard Jesse / Roland Sturm (Hrsg.)
Bilanz der
Bundestagswahl 2013
Akteure und Strukturen

Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.)
Bilanz der Bundestagswahl 2013

Schriftenreihe Band 1443

Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.)

Bilanz der Bundestagswahl 2013

Akteure und Strukturen

Eckhard Jesse ist Professor für politische Systeme, Politische Institutionen an der Technischen Universität Chemnitz.

Roland Sturm ist Professor für Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Bonn 2014

Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014

Umschlaggestaltung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf
Umschlagfoto: © ddp images/Scholz Press. 5. November 2013: Koalitionsverhandlungen
in Berlin für eine mögliche Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD
nach der Bundestagswahl 2013.

Satz: Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
Druck und Bindung: Druckhaus Nomos, Sinzheim

ISBN 978-3-8389-0443-6

www.bpb.de

Inhalt

Einleitung <i>Eckhard Jesse/Roland Sturm</i>	7
Wer wählte wie? Eine Analyse der Bundestagswahl 2013 <i>Eckhard Jesse</i>	13
Depolarisierung und Multioptionalität? Wettbewerbsstrategien der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 2009 und 2013 <i>Jan Schoofs/Jan Treibel</i>	47
Legitimation durch Deliberation? Die späte und schwierige Regierungsbildung <i>Roland Sturm</i>	65
Haben die Medien die Wahl entschieden? Besonderheiten der medialen Wahlkommunikation <i>Karl-Rudolf Korte/Matthias Bianchi</i>	89
Beeinflussen Umfragen Wahlergebnisse? Demoskopie und Demokratie im neu-alten Widerstreit <i>Alexander Gallus</i>	113
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	135

Einleitung

Eckhard Jesse/Roland Sturm

Die Bundestagswahl 2013 hat die parteipolitische Landkarte des Deutschen Bundestages verändert. Zum ersten Mal seit 1949 ist die FDP nicht mehr im Bundesparlament vertreten. Sie scheiterte, wie die eurokritische Alternative für Deutschland (AfD), knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Dies hatte drei Konsequenzen: Erstens wurde eine Rekordzahl von Stimmen für die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag nicht berücksichtigt. Zweitens wandelte sich die Stimmenmehrheit für das „bürgerliche Lager“ in der Bevölkerung im Bundestag in eine Mandatsmehrheit für Rot-Rot-Grün, die sich freilich nicht nutzen ließ. Und drittens fiel die FDP als Koalitionspartner für die Unionsparteien im Bund aus. Zum ersten Mal gab der Wähler einer „kleinen“ Koalition keine zweite Chance. Die Bundestagswahl 2013 widerlegte zumindest teilweise die oft gehörte These vom Ende der Volksparteien in Deutschland, war doch vermutet worden, es könnte keiner Partei mehr gelingen, über 30 oder gar 35 Prozent der Stimmen bei Bundestagswahlen zu kommen. Die Unionsparteien erreichten 2013 aber fast die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag – mit einem Ergebnis von über 40 Prozent. Und auch die zweite Volkspartei, die SPD, legte zu, wiewohl nur 2,7 Punkte. Ob die beiden großen Parteien – nunmehr in der Regierung – allerdings nach der nächsten Wahl mit Stimmengewinnen aufwarten können?

Der unspektakuläre Wahlkampf hat Deutschland wenig verändert. Das Internet spielte eine weit geringere Rolle als politische Beobachter vorausgesagt hatten. Auch wenn die Parteien versuchten, insbesondere von der amerikanischen Wahlkampfführung zu lernen, blieb es schwierig, dortige Innovationen erfolgreich auf Deutschland zu übertragen. Dies gilt zum Beispiel für das vor allem von der SPD eingesetzte Mittel verstärkter Hausbesuche bei den Wählerinnen und Wählern. Mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit als diese erzeugten die – tatsächlichen oder nur so wahrgenommenen – Fehlgriffe des SPD-Spitzenkandidaten Peer Steinbrück. Nach der Wahl räumte die SPD-Führung selbstkritisch ein, sie habe es nicht vermocht, die eigenen Themen, die innerparteilich auch als Abkehr von der Agenda-Politik Gerhard Schröders große Zustimmung fanden, als dominierende Diskurse im Wahlkampf umzusetzen. Ähnlich selbstbezogen verlief die Themenfindung bei Bündnis90/Die Grünen, denen es zudem nicht gelang, ihr Image der „Ökopartei“ – die „Energiewende“ als Konsequenz des „Ausstiegs“ aus der Kernenergie konnte sie nicht für sich nutzen – mit wichtigen wirt-

schaftspolitischen Themen überzeugend zu ergänzen. Sie geriet im Laufe des Wahlkampfes zunehmend in die Defensive. Die FDP trat als Partei ohne mitreisendes Führungspersonal und mit so wenig inhaltlichem Profil an, dass es ihr – die eigene Schwäche spürend – kurz vor der Wahl sogar geraten erschien, um die Zweitstimme der CDU- und der CSU-Wähler zu werben. Auf diese Weise provozierte sie ihren Koalitionspartner. Der CDU (anders als der offensiv auftretenden CSU mit ihrer Forderung nach einer PKW-Maut für Ausländer) kam die wenig aufrüttelnde Wahlkampfführung der anderen Parteien mit ihrer „asymmetrischen Demobilisierung“ gelegen. Sie vertraute ganz auf ihre Spitzenkandidatin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, und deren Popularität im Wahlvolk, um den Kanzlerbonus wissend. Die Linke, gegenüber dem chaotisch verlaufenem Göttinger Parteitag 2012 etwas konsolidiert, setzte zwar keine neuen Themen, konnte mit ihren Kernthesen zur sozialen Gerechtigkeit aber ausreichend Wählerinnen und Wähler mobilisieren, um am Ende als eine Art zweiter Wahlgewinner dazustehen. Sie avancierte trotz der Verluste von 3,3 Punkten das erste Mal zur stärksten Oppositionspartei und damit für vier Jahre zum ersten Widerpart der Großen Koalition. Die erst 2013 ins Leben gerufene eurokritische AfD, die am Ende des Wahlkampfes größere Aufmerksamkeit fand, scheiterte zwar mit 4,7 Prozent knapp an der Fünfprozentklausel, doch bedeutete dieser Achtungserfolg einen Denkkzettel für die etablierten Parteien.

Die strategische Konsequenz der parteipolitischen Konstellation im neuen Deutschen Bundestag, also die Unmöglichkeit, eine der im Wahlkampf präferierten Koalitionen (Schwarz-Gelb oder Rot-Grün) zu bilden, war die Notwendigkeit einer lagerübergreifenden Koalition, da die Grünen nicht gewillt waren, ein Bündnis mit der Union einzugehen. Eine solche Koalitionsbildung musste auch innerparteilich vermittelt werden. Dies führte zu einem dreistufigen Regierungsbildungsprozess mit den Phasen: Sondieren, Verhandeln und (bei der SPD) Mitgliederentscheid. Die Entscheidung für die Große Koalition hatte zur Folge, dass den Regierungsparteien nur eine sehr kleine Opposition gegenübersteht, die, selbst wenn die beiden Oppositionsparteien Die Linke und Bündnis90/Die Grünen zusammenarbeiten, nicht die Stärke von einem Viertel der Abgeordneten erreicht, welche für die Wahrnehmung von parlamentarischen Kontrollrechten (Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht) erforderlich ist. Allerdings kommen die Regierungsparteien der Opposition entgegen – sie akzeptieren ein Quorum von 20 Prozent.

Wurde 1966 eine Große Koalition mit drei Parlamentsparteien gebildet (weil nach dem Bruch der „bürgerlichen“ Koalition weder die Union noch die SPD ein Bündnis mit der FDP anzustreben gewillt war) und 2005 eine mit fünf Parlamentsparteien (da die nicht als koalitionsfähig geltende Linkspartei eine Mehrheit für Schwarz-Gelb wie eine für Rot-Grün verhinderte), so kam 2013 eine

Große Koalition mit vier Parlamentsparteien zustande: Die Union hatte keinen Koalitionspartner, die SPD die Grünen. Zwar wollte die Linke Rot-Grün unterstützen, doch die SPD lehnte die Avancen ab. Anders als 2005 hätte es arithmetisch für Schwarz-Grün gereicht, doch politisch war diese Verbindung (noch) nicht möglich.

Der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse präsentiert in seiner Wahlanalyse die Gründe für das unterschiedliche Abschneiden der beiden Regierungsparteien (den großen Erfolg der Union wie den „Absturz“ der FDP) und der drei Oppositionsparteien, von denen nur die SPD – in Grenzen – zu reüssieren vermochte. Niemals gab es mit 15,7 Prozent so viele unverwertete Stimmen. Wie die repräsentative Wahlstatistik zeigt, konnte die Union bei den Frauen und bei den älteren Wählern überproportional gute Ergebnisse erlangen. Die in dieser Form einmaligen Stimmenverluste der FDP – so sackte sie bei den 25- bis 34-Jährigen von 18,3 Prozent auf 4,3 Prozent ab – sind strukturell wie situativ bedingt.

Die Duisburger Politikwissenschaftler Jan Schoofs und Jan Treibel vergleichen die Wahlkämpfe 2009 und 2013. Wie sie zeigen, bewegt sich der Parteienwettbewerb von der parteipolitischen Polarisierung weg. Dies eröffnet neue Optionen der Koalitionsbildung – die Zeit nach der Bundestagswahl 2013 bestätigte das eindrucksvoll. Für die Union ist die wichtigste neue Perspektive ein schwarz-grünes Bündnis, für die SPD das inzwischen auch international mit dem Kürzel „R2G“ versehene Linksbündnis. Selbst eine rot-grün-gelbe Koalition muss das nächste Mal nicht ausgeschlossen sein. Der „Koalitionsmarkt“ ist angesichts der abnehmenden Parteidifferenzen in Bewegung geraten.

Der Erlanger Politikwissenschaftler Roland Sturm analysiert den langwierigen Prozess der Regierungsbildung mit seinen neuen Phasen der Sondierung vor den Koalitionsverhandlungen und des (SPD-)Mitgliederentscheids danach. Er arbeitet die Schwierigkeiten von Union wie SPD heraus, die Erwartungshaltungen und Animositäten des Lagerwahlkampfes hinter sich zu lassen, und stellt sowohl den Koalitionsvertrag als auch die neue Regierungsmannschaft vor. Die Koalitionsforschung muss zur Erklärung der Schwierigkeiten der Koalitionsbildung nach der Wahl 2013 stärker die Logik der innerparteilichen Selbstvergewisserung (des „identity seeking“) in den Vordergrund rücken.

Die Duisburger Politikwissenschaftler Karl Rudolf Korte und Matthias Bianchi erörtern die Besonderheiten der Medienkommunikation im Wahlkampf 2013. Bis auf kleinere Innovationen auf analogen und digitalen Kommunikationskanälen sehen sie wenige Spezifika. Medien suchten Skandale zu beflügeln, doch blieben die Kaskaden der Empörung im selbstreferenziellen Raum der Medien stecken. Diese haben nach Meinung der Autoren den Ausgang der Bundestagswahl nicht entschieden – angesichts der starken Orientierung der Wähler an Par-

tei, Themen und Personen. Gleichwohl beeinflussten Medien indirekt das Wahlverhalten, zumal bei „Spät-Entscheidern“.

Der Chemnitzer Politikwissenschaftler Alexander Gallus setzt sich mit der Rolle der Demoskopie bei Wahlen auseinander. Die wissenschaftliche Bilanz zu den Effekten der Demoskopie ist unbefriedigend, woran die Situation rund um die Bundestagswahl 2013 nichts verändert habe – trotz aller Anstrengungen, die Wirkung von Wahlumfragen möglichst genau zu taxieren. Eine Einschränkung oder gar ein Verbot von Umfragen bzw. ihrer Veröffentlichung unmittelbar vor Wahlen lehnt Gallus ab. Aus seiner Sicht würde dies einen historischen Rückschritt darstellen und der Bevölkerung/Öffentlichkeit Informationen vorenthalten, die dann ausschließlich Politikern, Parteien und deren Beratern zur Verfügung stünden.

Mit der Großen Koalition verbinden sich Erwartungen politischer Stabilität und der Bereitschaft, sich größeren politischen Herausforderungen wie der Energiewende oder einer grundlegenden Reform des föderalen Finanzsystems zu stellen. Regieren in Zeiten der Schuldenbremse und europäischer Krisen ist national und international schwieriger geworden. Zugleich hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft erkennen lassen, trotz finanzieller Restriktionen und steigender Belastungen der Haushalte durch Sozialausgaben, sich in Krisenregionen im Ausland stärker zu engagieren. Der SPD gelang es, ihre Rolle in der Regierung, trotz eines mäßigen Wahlergebnisses, als Partner auf „Augenhöhe“ mit der Union zu definieren. Sie hat Schlüsselministerien für die anstehenden Aufgaben besetzt – neben dem Außenministerium das Wirtschaftsministerium –, und sie sieht bei den Themenbereichen Wirtschaft und Energie mehr Potenzial für politische Gestaltung.

Erst drei Monate nach der Bundestagswahl wurde Angela Merkel wieder zur Bundeskanzlerin gewählt, kam die neue Regierung zustande. Und nach weiteren zwei Monaten mussten bereits massive Konflikte bewältigt werden. Fünf Monate nach der Wahl herrscht „business as usual“. Das schließt Unstimmigkeiten zwischen den Regierungsparteien ebenso wenig aus wie solche zwischen den Oppositionsparteien. In einer parlamentarischen Demokratie verläuft die „Front“ jedoch prinzipiell zwischen Regierung und Opposition. Das ist auch diesmal nicht anders. Die Wahlen zum Europäischen Parlament werfen nun ihre Schatten voraus. Bekanntlich ist nach der Wahl vor der Wahl.

Die fünf Texte sind einem umfassenden, über 700-seitigen Band entnommen: Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden 2014. Dieses Werk enthält über 30 Aufsätze zum Wahlausgang, zu den Parteien, zum politischen Umfeld der Wahl, zu den Politikfeldern sowie vergleichende Betrachtungen. Die ausgewählten Beiträge, die Aspekte über den Wahltag hinaus einfangen, sollen einen angemessenen Eindruck von der Bundestags-

wahl 2013 vermittelt – den Voraussetzungen, den Ergebnissen und den Folgen.
Die Leserinnen und Leser mögen beurteilen, ob dies gelungen ist.

Tabelle 9: Das neue Kabinett

Minister für	Person (Partei)
Bundeskanzlerin	Angela Merkel (CDU)
Stellvertreter der Bundeskanzlerin und Minister für Wirtschaft und Energie	Sigmar Gabriel (SPD)
Finanzen	Wolfgang Schäuble (CDU)
Auswärtiges	Frank-Walter Steinmeier (SPD)
Inneres	Thomas de Maizière (CDU)
Verteidigung	Ursula von der Leyen (CDU)
Arbeit und Soziales	Andrea Nahles (SPD)
Justiz und Verbraucher	Heiko Maas (SPD)
Landwirtschaft	Hans-Peter Friedrich (CSU)
Familie	Manuela Schwesig (SPD)
Gesundheit	Hermann Gröhe (CDU)
Verkehr und Digitales	Alexander Dobrindt (CSU)
Umwelt und Bau	Barbara Hendricks (SPD)
Bildung und Forschung	Johanna Wanka (CDU)
Entwicklung	Gerd Müller (CSU)
Kanzleramtsminister	Peter Altmaier (CDU)

5. Der Koalitionspoker und die Folgen

Das Grundgesetz sieht vor, dass der Bundestag spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl zusammentritt (Artikel 39 Absatz 2). Die erste Sitzung des neugewählten Bundestages fand am 22. Oktober 2013 statt. Hier wurden bereits erste großkoalitionäre Strukturen deutlich. Die Union stimmte gegen den Widerstand der anderen Parteien für einen zweiten Bundestagsvizepräsidenten der SPD – und damit für eine Gleichstellung der SPD-Fraktion mit der Unionsfraktion, die zusätzlich zum Bundestagspräsidenten ebenfalls zwei Vizepräsidenten erhielt. Mit dieser Entscheidung vergrößerte sich die Zahl der Bundestagsvizepräsidenten von fünf auf sechs, ohne dass es hierfür eine sachliche Begründung gab.⁷³

Seine Arbeit nahm der Bundestag aber nicht auf. Der Forderung der kleinen Parteien, die Ausschüsse des Bundestages einzurichten, verweigerten sich SPD

73 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Oktober 2013, S. 1.

und CDU, trotz kritischer Einwände auch des wiedergewählten Bundestagspräsidenten, Norbert Lammert (CDU). Argumentiert wurde, dass die Ausschüsse in der Regel so konzipiert würden, dass sie die Bundesministerien spiegelten, die Ministerien seien aber noch nicht bekannt. Und in die Ämter als Ausschussvorsitzende können nur Abgeordnete berufen werden, die nicht Minister oder Staatssekretäre sind, diese Positionen seien aber noch nicht besetzt. Statt des Normalbetriebs beschloss die Bundestagsmehrheit eine institutionelle Innovation, die Einrichtung eines „Hauptausschusses“ des Deutschen Bundestages mit vierzig ordentlichen und vierzig stellvertretenden Mitgliedern. Dieser sollte unaufschiebbare Gesetzesmaterien beraten und so vorübergehend die Arbeitsfähigkeit des Parlaments gewährleisten.⁷⁴

Angela Merkel wurde mit der Unterstützung von 462 der 631 Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur Kanzlerin gewählt. 42 Abgeordnete der Großen Koalition stimmten nicht für sie. Die Regierungsbildung war am 17. Dezember 2013 mit der Vereidigung des Kabinetts nach 85 Tagen abgeschlossen. Dies war die bisher längste Zeit, die eine Regierungsbildung gedauert hat. Sie war gekennzeichnet durch ausführliche Prozesse der Deliberation in einem gleichsam dreistufigen Verfahren: Sondieren, Verhandeln, Mitgliederentscheid. Das Bargaining in den ersten Phasen wurde in einem letzten Schritt durch das Arguing vor allem innerhalb der SPD abgelöst. Die zentrale Rolle der Deliberation und ihr Übergewicht gegenüber Entscheidungshandeln setzt ein hohes Maß an Rationalität voraus, das zu zielgerichteten Handlungen führt⁷⁵. Im politischen Alltag müssen solche Erwartungen an den Koalitionsvertrag zu Enttäuschungen führen, weil sich die Rahmenbedingungen politischer Entscheidungen rasch verändern, aber auch deshalb, weil neben die Rationalität der Fachpolitiker die Rationalität des Parteienwettbewerbs tritt. Ein Vertrag im eigentlichen Sinne ist ein Koalitionsvertrag eben nicht.⁷⁶ Die SPD nutzte die Koalitionsverhandlungen für innerparteiliche Zwecke, um die Partei zusammenzuhalten und ihr das Gefühl zu geben, 2013 nicht die Wahlen verloren, sondern die Macht gewonnen und ihren Themen zum Durchbruch verholfen zu haben. Der Parteiführung, die so Diskussionen um die Verantwortung für die Wahlniederlage vermied, gelang der politische Neuanfang.

74 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. November 2013, S. 2.

75 Vgl. Jürgen Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt a.M. 1981, S. 25.

76 Vgl. Marc Schieritz, *Von wegen Vertrag*, in: *Die Zeit* vom 5. Dezember 2013, S. 7. Ausführlicher Indridi H. Indridadson/Gunnar Helgi Kristinsson, *Making words count: Coalition agreements and cabinet management*, in: *European Journal of Political Research* 52 (2013), S. 822-846.

Tabelle 10: Dauer der Regierungsbildungen zu Beginn der Wahlperiode

Ereignis	12. WP 1990	13. WP 1994	14. WP 1998	15. WP 2002	16. WP 2005	17. WP 2009	18. WP 2013
Tag der Wahl	2.12.1990	16.10.1994	27.9.1998	22.9.2002	18.9.2005	27.9.2009	22.9.2013
Beginn der Koalitionsverhandlungen	6.12.1990	27.10.1994	1.10.1998	25.9.2002	17.10.2005	5.10.2009	4.10.2013
Abschluss der Koalitionsverhandlungen	16.1.1991	11.11.1994	20.10.1998	16.10.2002	11.11.2005	26.10.2009	27.11.2013
Konstituierung des Bundestages	20.12.1990	10.11.1994	26.10.1998	17.10.2002	18.10.2005	27.10.2009	22.10.2013
Wahl des Bundeskanzlers	17.1.1991	15.11.1994	27.10.1998	22.10.2002	22.11.2005	28.10.2009	17.12.2013
Vereidigung des Kabinetts	18.1.1991	17.11.1994	27.10.1998	22.10.2002	22.11.2005	28.10.2009	17.12.2013
Abgabe der Regierungserklärung	30.1.1991	23.11.1994	10.11.1998	29.10.2002	30.11.2005	10.11.2009	18.12.2013
Dauer der Regierungsbildung (Tag der Bundestagswahl bis zur Vereidigung des Kabinetts)	47 Tage	32 Tage	30 Tage	30 Tage	65 Tage	31 Tage	85 Tage

Quelle: Michael F. Feldkamp, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010, Baden-Baden 2011, S. 544, eigene Ergänzungen.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Bundestagswahlen 2013 im Vergleich zu 2009 nach Erst- und Zweitstimmen	16
Ergebnisse der Landtagswahlen zwischen der Bundestagswahl 2009 und der Bundestagswahl 2013 im Vergleich zum vorherigen Wahlausgang (Unterschiede in Prozentpunkten)	23
Wahlverhalten im Wahlgebiet Ost (mit Berlin-Ost) und im Wahlgebiet West (mit Berlin-West) bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2013 im Vergleich (in Prozent)	24
Wahlergebnisse in den Bundesländern bei den Bundestagswahlen 2013 (in Klammern Unterschiede in Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl 2009)	29
Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)	33
Stimmabgabe der Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)	34
Stimmabgabe der Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)	35
Wähler nach Berufsgruppen, Konfession und Bildung (in Prozent)	40
Sondieren und Verhandeln	68
Das Format der Koalitionsverhandlungen	71
Vorsitz der Arbeitsgruppen	73
Prioritäten der Koalitionsverhandlungen	74
Nicht verhandelbare Themen der Koalitionsparteien	76
Prioritäre Maßnahmen	78
Verstärkte Bund-Länder Kooperation nach dem Koalitionsvertrag	80
Zeitplan für das SPD-Mitgliedervotum	83

Das neue Kabinett	85
Dauer der Regierungsbildungen zu Beginn der Wahlperiode	87
Wahlkampfbudgets der Parteien zur Bundestagswahl (in Millionen Euro)	92
Kampagne und Kampagnenorganisation von CDU und SPD im Bundeswahlkampf 2013	93
Umfragewerte und Wahlergebnis – Bundestagswahl 2013 (in Prozent)	118